

**Protokoll der  
99. Sitzung des  
Landesbeirats für Immissionsschutz  
am 06.Dezember 2021  
Videokonferenz**

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:                      siehe Anlage Anwesenheitsliste

**TOP 1 Eröffnung, Tagesordnung der 99. Sitzung und Protokoll der 98. Sitzung**

**Herr Sts Dr. Bottermann** eröffnet die Sitzung und heißt die Mitglieder des Landesbeirats für Immissionsschutz herzlich willkommen. Er begrüßt Herrn Dr. Klug, der seit der letzten Sitzung neu als Mitglied in den Landesbeirat berufen wurde, und Herrn Schmitz von der Firma Currenta, der als Gast teilnimmt.

Die vorgeschlagene Tagesordnung der 99. Sitzung wird gemäß §6 Abs. 2 der Geschäftsordnung festgestellt.

Zum Protokoll der 98. Sitzung gibt es keine Anmerkungen. Die Niederschrift ist damit festgestellt und wird in Kürze auf der Homepage des Umweltministeriums bei [www.umwelt.nrw.de](http://www.umwelt.nrw.de) eingestellt und den Mitgliedsorganisationen und –verbänden zugeleitet.

**TOP 2 Aktuelles auf dem Gebiet des Immissionsschutzes**

Frau Dr. Fiebig übermittelt Informationen zu den folgenden Themen:

**1.      Luftqualität im Jahr 2020**

Die Belastung ist gegenüber dem Jahr 2019 weiter zurückgegangen. Der NO<sub>2</sub>-Grenzwert wurde landesweit eingehalten.

Auswirkungen der Corona-Pandemie: Im Jahr 2020 haben Schutzmaßnahmen und „Lockdown“ zu Verringerungen des Verkehrsaufkommens geführt. Mittlerweile hat das Verkehrsaufkommen in vielen Bereichen das Normalniveau fast wieder erreicht. Maßgeblich ist der Jahresmittelwert bei der Beurteilung der Belastung, hier hat das LANUV einen Effekt von etwa 1 µg/m<sup>3</sup> NO<sub>2</sub> abgeschätzt.

Komponente	Anzahl der Probenahmestellen	Überschreitungen von Ziel- und Grenzwerten im Jahr 2020
<b>NO<sub>2</sub></b>	124	keine Überschreitungen des Jahresmittelwertes von 40 µg/m <sup>3</sup> , keine Überschreitung des Kurzzeitgrenzwerts an den 55 Probenahmestellen mit automatischer Messung
<b>PM<sub>10</sub></b>	64	keine Überschreitung der zulässigen Anzahl von Tagesmittelwerten über 50 µg/m <sup>3</sup> , keine Überschreitung des Jahresmittelwertes von 40 µg/m <sup>3</sup>
<b>PM<sub>10</sub>-Inhaltsstoffe (Pb,As,Cd,Ni,BaP)</b>	15 x Metalle 20 x BaP	keine Überschreitung der Grenz- (Pb) oder Zielwerte (As, Cd, Ni) keine Überschreitung des Zielwertes für BaP
<b>PM<sub>2,5</sub></b>	26	keine Überschreitung des Grenzwertes (Jahresmittel von 25 µg/m <sup>3</sup> )
<b>SO<sub>2</sub></b>	6	keine Überschreitung der Kurz- und Langzeitgrenzwerte
<b>Benzol</b>	31	keine Überschreitung des Jahresmittelwertes von 5 µg/m <sup>3</sup>
<b>Ozon</b>	27	9 Überschreitungen des Informationsschwellenwertes von 180 µg/m <sup>3</sup> , keine Überschreitungen des Alarmschwellenwertes von 240 µg/m <sup>3</sup>

## 2. Luftreinhalteplanung in NRW (Stand 11/2021)

36 Luftreinhaltepläne (LRP) sind in Kraft. Die LRP Düren, Köln, Aachen und Düsseldorf werden aktuell fortgeschrieben. Alle 14 Verfahren zu den DUH – Klagen zur Luftreinhalteplanung wurden durch Vergleiche beendet: Die Grenzwerte werden durch geeignete Maßnahmen ohne Fahrverbote erreicht. Die in den Vergleichen vereinbarten Maßnahmen wurden bzw. werden erfolgreich umgesetzt. Die landesweite Grenzwerteinhalten bestätigt den Erfolg der Maßnahmen.

Zudem hat der EuGH am 03.06.2021 zum EU-Vertragsverletzungsverfahren zur Luftreinhaltung festgestellt, dass die Bundesrepublik Deutschland den Jahresgrenzwert für Stickstoffdioxid vom 1. Januar 2010 bis einschließlich 2016 in 26 der 89 beurteilten Gebiete und Ballungsräume (davon 10 in NRW) systematisch und anhaltend überschritten hat. Da der NO<sub>2</sub>-Grenzwert im Jahr 2020 in NRW flächendeckend eingehalten wurde, wird die Pflicht zur schnellstmöglichen Einhaltung der Grenzwerte bereits erfüllt.

## 3. Verordnung zur Neufassung der 13. BImSchV (Verordnung über Großfeuerungs-, Gasturbinen und Verbrennungsmotoranlagen) und zur Änderung der 17. BImSchV (Verordnung über die Verbrennung und Mitverbrennung von Abfällen)

Mit der Verordnung zur Neufassung der 13. BImSchV (Verordnung über Großfeuerungs-, Gasturbinen- und Verbrennungsmotoranlagen) und zur Änderung der 17. BImSchV

(Verordnung über die Verbrennung und Mitverbrennung von Abfällen) werden die Durchführungsbeschlüsse (EU) 2017/1442 zur BVT-Schlussfolgerung „Großfeuerungsanlagen“ und (EU) 2017/2117 zur BVT-Schlussfolgerung „Herstellung organischer Grundchemikalien“ (luftseitige Anforderung) umgesetzt. Sie unterstützt die zur Erfüllung der in der 43. BImSchV verankerte Emissionsreduktion bestimmter Luftschadstoffe (bspw. NO<sub>x</sub>) und die EU-Gemeinschaftsstrategie für Quecksilber. Sie ist am 15. Juli 2021 in Kraft getreten.

#### **4. Kabinettsbeschluss "Gemeinsam für Umwelt und Gesundheit in NRW (GfUG)" vom 08. Juli 2021**

Gemäß dem Kabinettsbeschluss „Gemeinsam für Umwelt und Gesundheit in NRW“ vom 08.07.2021 sollen Themen des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes auf Grundlage einer integrierten Betrachtungsweise fach- und ressortübergreifend bearbeitet und Lösungsansätze weiterentwickelt werden. Hierbei wird auf dem Masterplan Umwelt und Gesundheit NRW und seinen Vorgängerprojekten aufgebaut.

Gemäß dem Kabinettsbeschluss wurde ein Begleitgremium „Gemeinsam für Umwelt und Gesundheit in NRW“ einberufen. Im Begleitgremium sind verschiedene Ressorts der Landesregierung sowie Kommunale Spitzenverbände und die Wissenschaft vertreten. Am 02.09.2021 hat die erste, konstituierende Sitzung des Begleitgremiums stattgefunden.

Bei den Beteiligten besteht Konsens, dass für viele aktuelle Themen eine integrierte Befassung und integrierte Zusammenarbeitsstrukturen notwendig sind. In der konkreten Umsetzung sind jedoch oftmals noch diesbezüglich Defizite vorhanden. Ferner soll die soziale Lage bei der künftigen Befassung noch stärker einbezogen werden und der weitreichendere Aspekt der gesundheitsförderlichen Lebensbedingungen betont werden. Die Themen aus der bisherigen Arbeit sollen weiterverfolgt werden, das sind u.a. Umweltgerechtigkeit, Innenraumluft/Gesund Wohnen und Schadstoffe in verbrauchernahen Produkten. Die Dialogreihe „Zielkonflikte in innerstädtischen Quartieren aus Sicht des Immissionsschutzes“ wird fortgeführt. Aktuell erfolgt für das Arbeitsprogramm die Weiterentwicklung von Ideen und Produkten, insbesondere in den Handlungsfeldern „Klimawandel, Umwelt und Gesundheit“, „Grün, Umwelt und Gesundheit“ und „Bildung, Umwelt und Gesundheit“.

#### **5. Human-Biomonitoring (HBM) von Schadstoffen in KiTa-Kindern in NRW**

Das KiTa-HBM wird seit 10 Jahren vom LANUV durchgeführt, alle drei Jahre mit einer neuen Querschnittserhebung. Es kann als „Warnsystem“ angesehen werden, das Hinweise darauf gibt, ob sich die Belastung mit Schadstoffen in eine ungünstige Richtung entwickelt, aber auch zeigen, ob und wie Stoffregulierungen greifen. In jedem Querschnitt werden ca. 250 Kinder im Alter von zwei bis sechs Jahren untersucht. Untersucht werden Schadstoffe im Urin, u.a. Weichmacher, Konservierungsmittel und Pestizide. Die Ergebnisse dreier Querschnittsuntersuchungen (2011/12, 2014/15, 2017/18) liegen vor.

Aktuell läuft die vierte Querschnittsuntersuchung 2020/21, in der erstmals auch Duftstoffe mit untersucht werden.

Im Oktober 2021 wurden die Ergebnisse der Untersuchungen von 2011 bis 2018 zusammen mit einer Pressemitteilung veröffentlicht: Broschüre: [LANUV-Info 50/2021](#)

## **6. Hinweise auf Broschüren zu Lärmschutz und Mobilfunktechnik**

-Frau Dr. Fiebig informiert über die überarbeitete Broschüre: "[Besser leben mit weniger Lärm - Infos und Tipps für einen wirksamen Lärmschutz](#)" und über die Broschüre "[Mobilfunktechnik 5G - Chancen und Risiken im Faktencheck](#)", letztere als ein Ergebnis der NRW-Taskforce 5G und ihres 20 Punkte-Plans.

Der Landesbeirat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

## **TOP 3 TA Luft Novellierung**

**Herr Neuhaus** berichtet über die Verabschiedung der Novellierung der TA Luft, die am 01.12.2021 in Kraft getreten ist. Die Länder konnten über den Bundesrat mehr als 200 Änderungen am Entwurf der Bundesregierung erwirken. Er hebt die Bedeutung der neuen TA Luft für die immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren und für die Anlagenüberwachung hervor. Die Präsentation ist in der Anlage enthalten.

**Herr Haupt** erkundigt sich nach der Beurteilung von Ammoniakimmissionen im Hinblick auf die Ermöglichung der Genehmigung von Tierwohl-Ställen. **Herr Neuhaus** verweist auf die existierenden Prognoseverfahren und die Arbeitsgruppe, die in den vergangenen beiden Jahren neue Verfahren entwickelt hat. Das Ergebnispapier befinde sich aktuell in der Endabstimmung. **Herrn Kamp**, der in der Arbeitsgruppe mitgearbeitet hat, fragt nach, wann mit der Veröffentlichung des Papiers zu rechnen ist. **Herr Neuhaus** geht davon aus, dass dies zügig erfolgen werde. **Herr Dr. Bottermann** bestätigt, dass die Dringlichkeit bekannt sei, aber andererseits eine gründliche Evaluation erfolgen müsse. Die Veröffentlichung werde so früh wie möglich erfolgen.

## **TOP 4 Sachstand über den Unfall bei Currenta in Leverkusen und daraus folgende Konsequenzen**

Am 27. Juli 2021 ist es in der Sondermüllverbrennungsanlage der Firma Currenta GmbH & Co. OHG in Leverkusen-Bürrig zu einem tragischen Unfall gekommen. Bei einer Explosion und dem anschließenden Brand haben sieben Menschen ihr Leben verloren. Einunddreißig Personen erlitten zum Teil schwere Verletzungen.

Durch die Staatsanwaltschaft Köln ist ein Ermittlungsverfahren eröffnet worden. Die Ermittlungen zur Ursache des Geschehens werden durch das Polizeipräsidium Köln geführt. Externe Sachverständige sind mit der Erstellung eines Gutachtens zur Explosionsursache und zur Beurteilung des Sicherheitsmanagements beauftragt. Mittlerweile

liegt den Behörden der dritte Zwischenbericht vor. Daneben unterstützen natürlich auch die zuständigen Umweltbehörden die Ermittlungen.

Aufgrund der laufenden staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen ist die Weitergabe von Informationen stets nur mit Zustimmung der Strafverfolgungsbehörden möglich.

Zum aktuellen Sachstand und möglichen sich aus dem Ereignis – auch landesweit – ergebenden Konsequenzen gibt **Herr Stürmer** anhand der in Anlage enthaltenen Präsentation Auskunft.

Im Anschluss erkundigt sich **Herr Haupt** nach dem Verbleib der aktuell anfallenden Abfallstoffe, die sonst in der Anlage entsorgt werden. **Herr Schmitz** führt dazu aus, dass der überwiegende Teil der Stoffe von der in Dormagen betriebenen Anlage mit entsorgt werde. Dies reiche angesichts der Kapazität von 260 Tsd. Tonnen der derzeit still liegenden Anlage in Leverkusen allerdings allein nicht aus, so dass Stoffe auch an externe Entsorgungsanlagen abgegeben werden müssten. **Herr Rübe** fragt nach, ob das derzeit gelinge. **Herr Schmitz** teilt mit, dass es für bestimmte Abfälle keine alternativen Entsorgungsmöglichkeiten gäbe und es daher am Standort auch zu Produktionsausfällen oder Anlagenstillständen komme. **Herr Rübe** erkundigt sich, bis wann mit dem Abschluss der Ursachenermittlung durch die Staatsanwaltschaft zu rechnen sei. Informationen zu diesem Zeitpunkt sind im MULNV nicht bekannt. **Frau Horster** fragt nach, ob der anfallende Klärschlamm verbrannt werde. Dazu teilt **Herr Schmitz** mit, dass die Klärschlammverbrennung über externe Partner an verschiedenen Standorten erfolge.

### **TOP 5 Zielkonflikte und Experimentierklausel zur TA Lärm**

**Frau Dr. Stöcker-Meier** trägt zu diesem TOP anhand der in Anlage enthaltenen Präsentation vor und erläutert die Bedeutung des Lärmschutzes für den Gesundheitsschutz, die Situation und die Aktivitäten in NRW und auf Bundesebene.

Es wird auf die Veröffentlichungen [Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Gewerbelärm bei heranrückender Wohnbebauung](#) und [Endbericht der AG UMK/BMK zu Zielkonflikten zwischen Innenentwicklung und Immissionsschutz](#) hingewiesen.

**Frau Baitinger** erkundigt sich nach dem Stand der Arbeiten zur Gesamtlärmbelastung im MULNV. **Frau Dr. Stöcker-Meier** erläutert die verschiedenen Aktivitäten zu diesem Thema, u.a. hat NRW dazu 2020 die Studie [„Erarbeitung eines Konzepts zur Beurteilung von Gesamtlärm“](#) auf der Homepage des LANUV veröffentlicht und die Expertise des Landes in die Arbeiten auf Bundesebene eingebracht. **Frau Baitinger** äußert den Wunsch, auch zukünftig zu diesem Thema informiert zu werden. **Herr Graaff** thematisiert die Lärmaktionsplanung, die jeweils einen großen Aufwand für die Städte bedeute, deren Regelungen sich aber in der Praxis als stumpfes Schwert erwiesen haben. **Frau Dr. Stöcker-Meier** bestätigt, dass die Probleme bei der Lärmaktionsplanung im MULNV gesehen werden. Man arbeite an Möglichkeiten, die Lärmaktionsplanung zu verbessern. **Herr Dr. Volkhausen** berichtet als Teilnehmer des Planspiels Gesamtlärm über erhebliche Probleme mit dem Gewerbelärm bei der Gesamtlärmbetrachtung in Ballungsräumen. Er bittet NRW um eine frühzeitige Positionierung auf Bundesebene. **Frau Dr. Stöcker-**

**Meier** bestätigt, dass der Prozess auf Bundesebene aufmerksam begleitet werde und NRW sich weiterhin aktiv beteilige. Auch **Herr Dr. Bottermann** dankt für die Beiträge und versichert, dass das Thema weiter verfolgt werde.

#### **TOP 6: PCB in silikonverarbeitenden Betrieben – aktueller Sachstand und Anzeige der genehmigungsbedürftigen Anlagen**

**Herr Stürmer** berichtet über den Sachstand, das Sonderuntersuchungsprogramm, die eingeleiteten Maßnahmen und das Forschungsprojekt zum Thema anhand der in der Anlage enthaltenen Präsentation.

**Frau Horster** erkundigt sich nach den verwendeten Stoffen, den Herstellern und ob es ggf. weitere ähnliche Stoffe gäbe. **Herr Stürmer** antwortet, dass die verwendeten Stoffe zugelassen und die Hersteller bekannt seien. PCB entstehe bei der Verwendung eines chlorhaltigen Vernetzungsmittels unbeabsichtigt und unter bestimmten Bedingungen. Eine Änderung in Bezug auf die Zulassung und das Inverkehrbringen derartiger Stoffe könne nur auf Basis der internationalen bzw. europarechtlichen Regelungen erreicht werden.

#### **TOP 7: Verschiedenes**

Im Vorfeld gab es keine Anmeldungen zu diesem Thema.

**Herr Dr. Bottermann** weist darauf hin, dass dies die letzte Sitzung der aktuellen Berufsperiode ist und dankt allen Mitgliedern für die Unterstützung der Immissionschutzverwaltung durch ihre ehrenamtliche Mitarbeit. Er hofft, einen großen Teil der Mitglieder auch in der nächsten Berufsperiode wieder begrüßen zu können. Diese startet mit der 100. Sitzung des Landesbeirats.

**Herr Prof. Seibert** verabschiedet sich aus dem Landesbeirat und dankt dem Staatssekretär und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die langjährige Begleitung vieler großer Themen, die sowohl die Verwaltung als auch die Justiz beschäftigt haben, zuletzt die Vergleiche zu den Klagen zur Luftreinhalteplanung. Die Informationen aus dem Landesbeirat waren stets hilfreich, die Sitzungen gut vorbereitet und strukturiert.

**Herr Dr. Graaff** berichtet, dass die Deutsche Umwelthilfe (DUH) die Gemeinden in NRW zum Thema Holzverbrennung angeschrieben habe. Aus seiner Sicht bestehe keine Notwendigkeit für lokale BrennstoffVO. Er fragt, ob ein entsprechendes Schreiben auch an das Land gerichtet wurde. **Herr Neuhaus** ist das Schreiben der DUH bekannt, und die Kommunen wurden über die Bezirksregierungen zum aktuellen Regelungsstand informiert. Die Belastung wurde durch eine erste, schnelle Novelle der 1. BImSchV bereits verringert. Eine weitere, umfassendere Novelle ist für die nächste Legislaturperiode vom Bund angekündigt, und NRW werde sich dort einbringen. Für eine Landesregelung wird derzeit kein Handlungsbedarf gesehen, da die Grenzwerte allenfalls periodisch und lokal begrenzt überschritten werden.

Für die nächste Sitzung des Landesbeirats Immissionsschutz wird ein Termin im Herbst 2022 angestrebt.

Protokoll: Frau Stratmann